

April 2026

Stellungnahme zum Indirekte Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)»

Der Bundesrat hat beschlossen, der Initiative «Blackout stoppen» einen indirekten Gegenentwurf entgegenzustellen. Vom 20. Dezember 2024 bis zum 3. April 2025 hat er den Gesetzesentwurf einer Vernehmlassung unterzogen. Die Blackout-Initiative und der Gegenentwurf des Bundesrates werden nun in den Parlamentskammern beraten. Hierzu möchte Regiogrid Stellung nehmen.

- **Regiogrid lehnt die Volksinitiative «Blackout stoppen» ab. Die Initiative ist unklar, sie ist kontraproduktiv für die Massnahmen zur Krisenbewältigung und sie schafft einen Normenkonflikt.**
- **Regiogrid unterstützt den vom Bundesrat vorgeschlagenen indirekten Gegenvorschlag. Angesichts der grossen Herausforderungen für die Sicherstellung der Stromversorgung (Verbrauchsanstieg infolge Dekarbonisierung und Elektrifizierung, Unsicherheiten bei Importen und beim Ausbau der inländischen Stromproduktion aus erneuerbaren Energien) müssen alle Handlungsoptionen geprüft werden können.**
- **Bis auf Weiteres stehen für den Ausbau der inländischen Stromproduktion realistischerweise nur die erneuerbaren Energien zur Wahl. Der mit dem Stromgesetz eingeschlagene Weg muss daher mit aller Kraft weiter beschritten werden.**

Regiogrid war an der Erarbeitung der Stellungnahme des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) zum indirekten Gegenvorschlag (Änderung des Kernenergiegesetzes) zur Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» vom 28. März 2025 beteiligt und unterstützt diese ausdrücklich. Für eine ausführliche Begründung und Detailanträge wird auf diese verwiesen.